

Greater Berne



Zu Hause ist es am schönsten. Und das kann man besonders dann betonen, wenn zu Hause Biel ist.

Letzte Woche zum Beispiel fuhr ich nach einem längeren Auslandsaufenthalt wieder einmal Taxi in der Heimat. Ein alter Bekannter und ich wollten gleichzeitig nach Hause, allerdings in entgegengesetzte Richtungen. Unseren Vorschlag, zu-erst zum Bekannten Richtung Osten zu fahren und dann mich im Westen Biels abzusetzen, schmettete der Fahrer ab. Die umgekehrte Variante kostete weniger, da derzeit eine Brücke gesperrt sei. Wo gibts das noch, rief der alte Bekannte zu Recht. Ein Taximann, der zum Wohle des Fahrgasts auf Geld verzichtet!

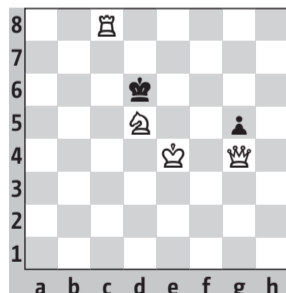
Noch herzerwärmender war die Szene, der ich einen Tag später vor einem Einkaufszentrum in der Innenstadt beiwohnen durfte. Drei junge Männer in langen schwarzen Satanistenmänteln mit verkehrt herum aufgenähten Kreuzen standen vor ihren Fahrrädern. Sie versuchten erfolgreich, jeweils eine Harasse Bier auf die Gepäckträger ihrer Velos zu laden. Der Erste fluchte: «Ich hasse Velos!» Der Zweite motzte: «Velos sind nur scheisse!» Der Dritte polterte: «Echt, Mann. Velos sind die Ausgeburt des Teufels!»

Der Erste und der Zweite starteten den Dritten fassungslos an. Es ging ein paar Sekunden. Dann stammelte der Dritte: «Äh, nein, die Ausgeburt Gottes!»

Fabian Sommer schreibt die Kolumne «Greater Berne» abwechselnd mit den Redaktoren Maria Künzli, Peter Meier und Nina Kobelt. greaterberne.bernerzeitung.ch

SCHACH

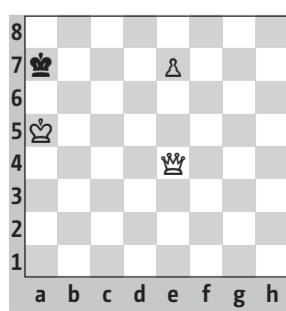
Problem Nr. 774 S. Loyd (1880)



Weiss zieht und setzt in 2 Zügen matt

Fragen an: Thomas Wälti, Berner Zeitung BZ, Schach, Postfach 5434, 3001 Bern; Fax 031 330 36 31; E-Mail: thomas.waelti@bernerzeitung.ch

Lösung Problem Nr. 773



1. Dh7! und Schwarz kann das Matt nicht verhindern. Auf 1. ... Ka8 oder Kb8 folgt 2. e8 =Dame oder Turm matt.

Gegen welche Gefahren muss sich die Schweizer Armee künftig wappnen?

MILITÄRSTRATEGIEN Armeen stehen vor neuen Bedrohungen, weiss ETH-Sicherheitsexperte Oliver Thränert: unbemannte Flugkörper, Terrorattacken, Cyberangriffe. Die Schweizer Armee, die keinem Bündnis angehört, muss dafür einen eigenen Weg finden. Das Nein zum Gripen macht die Suche nicht leichter.

Viele Grenzkantone haben am 18. Mai den Kauf des Kampffjets Gripen abgelehnt. Herr Thränert, zeigt das, dass ein Land mitten in Europa heute keine militärische Bedrohung seiner Grenzen befürchten muss?

Oliver Thränert: Grenzen spielen nach wie vor eine Rolle, wie das die Grenzverschiebung Russlands auf der Halbinsel Krim zeigt. Für die Schweiz aber stellt die Verschiebung von Grenzen heute in der Tat kein Problem dar. Sie ist ja in der komfortablen Lage, von lauter Freunden umzingelt zu sein. Also muss die Schweiz ihre Grenzen gar nicht verteidigen? Jedenfalls nicht die Bodengrenzen. Im Luftraum sieht das anders aus. Der kann durchaus ver-

«Die Schweiz ist in der komfortablen Lage, von lauter Freunden umzingelt zu sein.»

letzt werden von staatlichen oder nicht staatlichen Akteuren, die von weit her kommen – mit Flugzeugen oder auch mit Raketen und unbemannten Drohnen. Mit solchen Bedrohungen aus der Luft muss die Schweiz wirklich rechnen?

Ja. Denken Sie nur an die internationale Bedeutung der beiden Schauplätze Genf mit dem UNO-Sitz und Davos mit dem World Economic Forum (WEF). Das könnten durchaus Ziele nicht staatlicher Akteure sein. Wie wahrscheinlich eine terroristische Attacke ist, kann allerdings kein Mensch vorhersagen. Rechtfertigen die UNO in Genf und das WEF in Davos denn

schon die Existenz einer Schweizer Luftwaffe? Auf jeden Fall. Die Schweiz muss sich luftpolizeilich schützen können. Die Frage ist dann natürlich: Wie muss die Luftwaffe aussehen? Welche Kampfflugzeuge muss sie haben? Das ist vorerst Gegenstand der Fachleute. In der Schweiz entscheidet darüber aber auch, anders als in den meisten Ländern, das Volk.

Wogegen hat sich das Volk eigentlich entschieden? Gegen den Gripen oder generell gegen neue Kampffjets?

Die Entscheidung fiel in meinen Augen gegen den Gripen aus, weil viele Leute nicht verstanden haben, ob er für diesen Preis das richtige Flugzeug mit den richtigen Fähigkeiten ist. Es ist aber unstrittig, dass die Tiger- und später die F/A-18-Jets dereinst ausgemustert werden müssen. Das ist doch die Logik der Militärs, die in technischen Erneuerungszyklen denken und eine Neuanschaffung zur strategischen Notwendigkeit erklären. Über Zyklen und über die Wahl der neuen Systeme kann man diskutieren. Eine Armee muss aber grundsätzlich alte durch neue Systeme ersetzen und ihre Luftwaffe à jour halten. Das machen alle Länder. Die deutsche Bundeswehr hat grösstenteils den Tornado-Kampffjet durch Eurofighter ersetzt.

Wie viele Kampffjets die Schweizer Armee braucht, ist umstritten. Andere Staaten haben weniger Kampffjets. Man muss sicher mit einer terroristischen Bedrohung rechnen, die mit der organisierten Kriminalität verquickt sein kann. Diese Bedrohung wandelt sich, weil etwa die Taliban ihre Lehren aus dem Widerstand gegen die westlichen Armeen in Afghanistan ziehen. Eine weitere Bedrohung

BEDROHUNGSLAGEN

Das sind die neuen Herausforderungen



Nukleare Raketenarsenale dienen auch künftig der Abschreckung.



Unbemannte Geräte beherrschen künftig den Luftraum.



Zerfallende Staaten wie Syrien machen Weltregionen unsicher.



Der Cyberwar verlegt das Schlachtfeld ins digitale Netz.



Hotspots wie das WEF in Davos könnten Terrorziele sein.

ne Bündnisarmee. Also muss sie ihren Luftraum selber schützen. Kann sie das nicht auch mit billigeren, unbemannten Flugkörpern tun statt mit teuren Jets? Unbemannte Drohnen und eine bodengebundene Luftverteidigung könnten für die Schweiz in Zukunft wichtiger werden. Man wird aber weiterhin bemannte Systeme brauchen, weil sie flexibel sind. Wenn ein Flugzeug ungewollt oder verbotenerweise in den Luftraum eindringt, kann es ein Kampffjet abdrängen oder mit ihm in Kommunikation treten. Das ist es heute nicht neue Formen der Bedrohung, gegen die Flugzeuge wirkungslos sind? Das Bedrohungsszenario der Gegenwart ist breit aufgefächert.

Die Klarheit der Bedrohung im Kalten Krieg ist einer unklaren Bedrohungslage gewichen, die überdies stark von der subjektiven Wahrnehmung abhängig ist. Diese Interpretation der Bedrohung ist in einem Staat eine Frage der politischen Debatte. Auch wenn die Bedrohungslage unklar ist, muss sich eine Armee auf konkrete künftige Gefahren einstellen. Auf welche? Man muss sicher mit einer terroristischen Bedrohung rechnen, die mit der organisierten Kriminalität verquickt sein kann. Diese Bedrohung wandelt sich, weil etwa die Taliban ihre Lehren aus dem Widerstand gegen die westlichen Armeen in Afghanistan ziehen. Eine weitere Bedrohung



Wohin führt der Alleingang der Schweizer Milizarmee in Zukunft? Rekruten exerzieren auf der grünen Wiese in Colombier NE.

Bilder Keystone

staaten oder in Polen Truppen an der Grenze zu Russland stationiert. Die Lage in Europa hat sich verändert. 1975 wurde in der Charta der KSZE, der Vorläuferin der OSZE, die gegenseitige Anerkennung der Grenzen festgelegt und ihre gewaltsame Verschiebung verboten. Heute gibt es auf der europäischen Landkarte wieder umstrittene und nicht anerkannte Grenzen. Das gilt für den Kosovo, für die Staaten im Kaukasus und neuerdings auch für die russische Aussengrenze. Kriege aber finden nur noch in der armen Peripherie statt. Oder fallen Ihnen grössere Kriege zwischen zwei Staaten ein? Auch wenn es solche Kriege im Moment nicht gibt, würde ich sie

für die Zukunft nicht ausschliessen. Gerade in Asien. Dort fehlt ein internationales Forum wie die OSZE, in dem man sich über Konflikte austauscht und neutrale Beobachter anbietet. Die Lage zwischen den Atommächten Indien und Pakistan ist angespannt. Der Konflikt um Taiwan ist immer noch ungelöst. Dort könnte es gar zu einer Konfrontation der USA und China kommen. Warum ist die Lage in Asien explosiv? Ein Teil des Problems ist, dass einige Staaten Asiens ihre Geschichte nicht aufgearbeitet haben. In asiatischen Konflikten spielt oft die Bewältigung der Vergangenheit im Zweiten Weltkrieg eine Rolle. Das zeigen die

rhetorischen Scharmützel zwischen China und Japan oder zwischen Japan und Südkorea. Wird die Welt momentan gerade wieder unsicherer? Das kann ich nicht beantworten. Aber es macht mir Sorge, dass mit Russland und China zwei autoritäre Staaten den Westen herausfordern – zu einem Zeitpunkt, da der Westen Schwäche zeigt. Wie sich die europäische Integration weiterentwickelt, ist unsicher, die Finanz- und Wirtschaftskrise der EU ist nicht behoben. Auch die USA haben finanzielle Probleme, und sie sind interventionismüde. Ich halte zwar einen grossen Krieg, etwa zwischen Russland und der Nato, für unwahrscheinlich. Aber nicht

Widmer in den Seilen hing, ein Satz von Bernhard Pulver die Runde machte, auf den er 8 Jahre lang umsonst gewartet hatte: Dass der Regierungsrat auf den Grossen Rat zugehen wolle. Jetzt kommt Dieter Widmer am kleinen Sitzungstisch in Fahrt und das Pokerface zur Geltung, als hätte er seinen stehenden Trennungsschmerz von der Politik kurz vergessen. Er ist überzeugt, dass Berns Staatsetat um weitere 300 Millionen Franken gekürzt werden müsste. Und dass jetzt der Zeitpunkt gekommen

sei, einen namhaften Abbau von Staatsstellen zu lancieren. Er sagt es nicht, aber man spürt es – es wäre ein Projekt, wie gemacht für die «Marke Widmer». Aber die «Marke Widmer» ist Vergangenheit: «Das Kapitel Politik ist für mich abgeschlossen.» Und man fragt sich, warum er, der «nichts dem Zufall überlassen» hat in seiner politischen Arbeit, ausgerechnet das irdemokratische Verdikt des Volks, das ihn am 30. März als Grossrat zurückwies, nicht hat kommen sehen. Vielleicht, weil er – wie Goethes Werther – zu gefangen war in seiner bedingungslosen Liebe – selbstkritisch – Abwahlgründe. Etwa den, dass die BDP, obschon sie in wichtigen Geschäften oft anders stimmte als die SVP, es nicht schaffte, ihr Image der billigen SVP-Kopie loszuwerden.

Lobbyist – oder doch nicht? Persönlich glaubt Widmer, dass ihm die auch von dieser Zeitung geäußerte, in seinen Augen «völlig ungerechtfertigte» Kritik bei einer Versicherungsvergabe, als er noch Vizedirektor der Spital Region Oberaargau (SRO) war, geschadet habe. Kritik lösten auch seine (allerdings wenigen) Wahlplakate mit einer «Derrick»-Adaption («Hol schon mal den Wagen, Kurt») aus, die suggerierten, seine Wahl sei nur eine Formsache. Eine Rolle gespielt haben dürfte auch ein Missverständnis –

zwischen Widmers Selbsteinschätzung und seiner Aussenwahrnehmung. Als Angestellter der BKW und später der SRO trug er einen Stoppel – als Energie- und Spital-Lobbyist. Das ärgert ihn ungemein, auch jetzt noch – weil er sich, nach eigenem Urteil, nie als strammer Interessenvertreter verstand. Nicht selten hätten BKW, Spitaldirektoren und Heimleiter leer geschluckt über seine politischen Ausrasterungen. Das waren die alten Leiden des Politikers W. Widmer spürt, dass seine Kräfte langsam zurückkehren. Er sei nicht verbittert, aber enttäuscht. Angst vor dem Sturz in die Bedeutungslosigkeit habe er nicht, beteuert er. Weil er nicht deswegen Politiker gewesen sei. Vor einigen Jahren, an der Hochzeit seiner Tochter, habe er den Eheleuten ein paar Ratschläge mit auf den Weg gegeben. Etwa den, dass zum Leben auch die Fähigkeit gehöre, mit Ungerechtigkeiten umzugehen. Jetzt wolle er seiner Tochter beteuern, dass er dazu imstande sei. Im Sommer beschäftigt ihn sein OK-Präsidium des Freilichttheaters Heimenhausen. Vielleicht nimmt er Hobbys wieder auf, Tennis- und Klavierspielen oder Pilzsammeln. «Ich muss mich erst noch daran gewöhnen, mit so viel Freizeit umzugehen.» Das sind die neuen Leiden des Politikers W. Des Ex-Politikers W. Jürg Steiner

stefan.vonbergen@bernerzeitung.ch

Fortsetzung von SEITE 27

«Die neuen Leiden des Politikers W.»

deutet, fühlt man sich unwillkürlich an den Roman «Die Leiden des jungen Werthers» erinnert, in dem Johann Wolfgang Goethe schildert, wie ein idealistischer Jüngling mit einer unerreichbaren Liebe hadert.

Widmer war 17 und noch 3 Jahre nicht stimmberechtigt, als er beim Gemeindepräsidenten von Hindelbank, wo er aufwuchs, ein Gesuch stellte, um Gemeindeversammlungen beiwohnen zu dürfen. Fasziniert verfolgte er die demokratische Meinungsbildung, das Ringen «um beste oder zweitbeste Lösungen». Später, als Journalist beim «Langenthaler Tagblatt» und danach beim «Bund», gehörten die Grossratssessionen zu den Höhepunkten seines Berufslebens. Als er zum Energiekonzern BKW wechselte und 1994 im ersten Anlauf für die SVP ins Kantonsparlament gewählt wurde, fühlte er sich angekommen, wo er hingehörte.

Und er liess seiner Leidenschaft freien Lauf. Widmer stürzte sich ins Aktenstudium, oft ohne Rücksicht auf Schlaf und Erholung, und hörte damit bis zum 30. März 2014 nicht mehr auf. Immer, 20 Jahre lang, beteuert er, habe die Ankunft des Grossratsversands – unverständlich

für viele – bei ihm Glücksgefühle ausgelöst, weil er dann Politik inhalieren konnte bis zum Abwinken. «Die Papierberge verströmten einen für mich sehr vertrauten Geruch. Ihn kann ich nun nicht mehr einatmen. Das ist mein Problem, das ich seit Ende März mit mir herumtrage.»

Die «Marke Widmer»

Sich in eine neue Vorlage einlesen, nach den Knackpunkten fahnden, die Mehrheitsfähigkeit ausloten – das brachte den nach eigener Einschätzung «nicht untalentierten» Widmer in Stimmung. Und nach oben in der Hierarchie der Parlaments. Er wurde Fraktionspräsident der SVP und 2002/2003 Grossratspräsident. Der parteiinternen Amtszeitbeschränkung entkam er, weil sich 2008 die BDP von der SVP abspaltete – und sie den ausgebufften Routinier Widmer an die Fraktionsspitze berief. Dort lief dieser – vor allem in der letzten Legislatur – auch nach eigenem Urteil zu Hochform auf.

Er bekennt, dass es ihm gefalle, «die Zügel in der Hand zu haben». Aber richtig angestachelt hat ihn erst die politische Konstellation der Kohabitation – dass dem rot-grünen Regierungsrat ein bürgerlich dominiertes Parlament gegenüberstand. Für den Kanton Bern, urteilt Widmer, sei diese Situation ungünstig, weil ungläublich viele Reibungsverluste entstanden. Für ihn persönlich (und seine flexible

«Die Papierberge verströmten einen für mich sehr vertrauten Geruch. Ihn kann ich nun nicht mehr einatmen.»



Ein Leidender, dem das Objekt seiner Leidenschaft genommen wurde: Dieter Widmer, Politiker ohne Politik.

Bilder Olaf Nörenberg

BDP) hingegen erwies sich die Blockade als Glücksfall.

Widmer bewegte sich zwischen den politischen Fronten wie ein Fuchs in seinem Revier, weil er tun konnte, was ihm schon als Teenager imponierte: Einfluss nehmen, indem er im Hintergrund mehrheitsfähige, mindestens «zweitbeste Lösungen» konstruierte.

Die Liste der Gesetze und Vorlagen «Marke Widmer» ist sehr lang. Man könnte es als Eitelkeit deuten, aber vermutlich ist es eher Wehmut, wenn er die wich-

tigsten seiner politischen Werke mit Leuchttift hervorgehoben hat. Am 18. Mai, als er noch tief in den Abwalschmerzen steckte, war er der grosse Abstimmungssieger, von dem keiner sprach. Sowohl das Finanzierungsmodell für die Pensionskassensanierung wie die reduzierte Handänderungssteuer, die das Volk beide guthiess, hatte Widmer mit durchschlagenden Anträgen entscheidend geprägt.

Das zeigt, dass es den Nagel ziemlich genau auf den Kopf trifft, wenn der selbstbewusste

Die verbissener Barbara Egger hingegen habe je länger, je gezielter auf ihn reagiert. Kritik an der Regierung Widmer vermisst im wiedergewählten rot-grünen Regierungsrat und speziell beim «an sich konsensorientierten» Bernhard Pulver die Bereitschaft, die bürgerliche Mehrheit mit intelligenten Kompromissen zu knacken. Lieber, kritisiert Widmer, sei die Regierung untergegangen als nachzugeben. Besonders hart traf ihn, dass am Wahlabend, als



«Ich muss mich erst noch daran gewöhnen, mit so viel Freizeit umzugehen.»

ZUR PERSON



Oliver Thränert Sorgfältig wägt Oliver Thränert (55) seine Worte ab. Vor allem dann, wenn der Deutsche in seinem Zürcher ETH-Büro über die Schweizer Armee spricht. Er ist seit zwei Jahren Leiter des Thinktanks am Center for Security Studies CSS der ETH Zürich. Den Schweizer Milizarmee lerne er erst kennen, sagt er. Umso besser kennt sich der Sicherheits- und Abrüstungsexperte mit globalem Weitblick im internationalen Sicherheitsdiskurs und in den Strategiediskussionen der westlichen Armeen aus. Bevor er in die Schweiz kam, arbeitete der ausgebildete Politikwissenschaftler und Historiker Thränert bei der renommierten Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. svb

Dann ist es keine Armee mehr, dann ist es nur noch Katastrophenschutz. Beim zivilen Einsatz erkennt man immerhin einen direkten Nutzen der Armee. Es ist ein Element jeder Armee, dass sie Vorsorge ohne einen sofort sichtbaren Effekt betreibt. Das eigene Territorium verteidigen zu können, ist ein Bestandteil der Souveränität. Gerade für ein neutrales Land. Sogar die Iren haben eine Armee, obwohl sie auf einer Insel leben. Auch die Schweiz ist gut beraten, weiterhin eine Armee zu unterhalten. Interview: Stefan von Bergen